

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) Stadträtin Tanja Kluth (GRÜNE) vom: 14.01.2011 eingegangen: 14.01.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	22. Plenarsitzung Gemeinderat 15.03.2011 682 24 öffentlich Dez. 2
Steigende Anzahl wild streunender Katzen		

1. Sind der Stadt Karlsruhe die Empfehlungen zur Vermeidung der unkontrollierten Vermehrung von Hauskatzen, Stand 28. Juni 2010, des Landesbeirats für Tierschutz Baden-Württemberg bekannt?

Die Ausführungen des Landesbeirates sind der Abteilung 7 (LUV) des Ordnungs- und Bürgeramtes Karlsruhe bekannt und liegen in Schriftform vor.

2. Wie steht die Stadt Karlsruhe zu diesen Empfehlungen?

Die Stadt Karlsruhe befürwortet die Empfehlungen.

3. Inwieweit unterstützt die Stadt Karlsruhe die örtlichen Tierschutzvereine durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch Erstellung und/oder Nutzung von Informationsbroschüren von Tierschutzorganisationen und der Landestierärztekammer?

Auf das Problem der Katzenpopulation, der Kastration- und Kennzeichnungspflicht im Stadtgebiet wurde in mehreren Presseberichten hingewiesen.

4. Inwieweit unterstützt die Stadt Karlsruhe betreute Katzenfutterstellen?

Die Stadt Karlsruhe unterstützt die im Katzenschutz ehrenamtlichen tätigen Tierschutzorganisationen durch finanzielle Zuwendungen.

5. Ist der Stadt Karlsruhe die Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für frei lebende oder frei laufende Katzen der Stadt Paderborn bekannt?

Die kommunale Verordnung aus Paderborn ist bekannt und liegt in Schriftform vor.

6. Wie steht die Stadt Karlsruhe zu einer Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für frei lebende oder frei laufende Katzen?

Die Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für frei laufende Katzen wurde vom Zentralen Juristischen der Stadt Karlsruhe (ZJD) im Jahr 2010 geprüft. Danach fehlt derzeit eine Rechtsgrundlage, um eine kommunale Katzenkastrations- und Kennzeichnungsverordnung zu erlassen.

7. Welche Möglichkeit sieht die Stadt Karlsruhe, um sich an den Kastrationskosten der Katzen von einkommensschwachen Bürgern und Bürgerinnen zu beteiligen?

Siehe Frage 4.